

Niederschrift zur 8. Sitzung des Amtsausschusses Mecklenburgische Schweiz

Sitzungstermin: Dienstag, den 27.01.2026

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:50 Uhr

Ort, Raum:

Anwesend:

Amtsvorsteher stimmberechtigt

Herr Berthold Falkenau

Gemeindevertreter stimmberechtigt

Herr Andreas Gderra

Herr Frank Pehlke

Vertretung von Herrn Knuth

Vertretung von Frau Strüber

Amtsausschussmitglieder stimmberechtigt

Herr Steffen Bargholz

Herr Walter Bommer

Herr Peter Dybowski

Herr Ernst Feldmann

Herr Marco Gross

Herr Henning Helms

Herr Michael Hümmling

Herr Thomas Krix

Herr Rocco Mache

Herr Philipp Maerz

Herr Rainer Mucke

Herr Hans Müller

Herr Christian Schiedt

Herr Norbert Thormann

Schriftführer

Herr Florian Lehmann

Von der Verwaltung

Frau Karin Zillmann

Nicht anwesend:

Amtsausschussmitglieder stimmberechtigt

Herr Nico Knuth

Frau Marita Strüber

Tagesordnung

- 1** Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2** Bestätigung der Tagesordnung
- 3** Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung
- 4** Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung
- 5** Verwaltungsbericht
- 6** Beratung
- 6.1** Beratung zur Erstellung von der Prioritätenliste zum Einsatz des Sondervermögens des

- Bundes
- 7 Beratung und Beschlussfassung
- 8 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Der Amtsvorsteher begrüßt alle Anwesenden. Herr Gderra ist in Vertretung für Herrn Knuth und Herr Pehlke in Vertretung für Frau Strüber anwesend.
17 von 17 anwesend, beschlussfähig

- zu 2 **Bestätigung der Tagesordnung**
Die Tagesordnung wird mit 17 Ja – Stimmen bestätigt.

- zu 3 **Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung**
Es gibt keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift der letzten Sitzung.

- zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der letzten Sitzung**
Beschlüsse wurden im nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung nicht gefasst.

- zu 5 **Verwaltungsbericht**
Herr Falkenau übergibt das Wort an Frau Zillmann.
Der kommunale Wärmeplan ist zum 31.12.2025 fertig gestellt worden und auf der Internetseite nachlesbar. Die Schlussrechnungen sind eingegangen; es wurden nicht alle Mittel benötigt und die überschüssigen Mittel werden zurückgegeben.
Die Stellungnahme zum 2. Entwurf des Regionalen Raumplanes wurde fristgerecht abgegeben. Eine Eingangsbestätigung liegt vor.
Seit dem 16.12.2025 wurde in 3 Terminen mit der Stadt Teterow und dem Amt Gnoien unter Federführung der LGE MV GmbH ein gemeinsamer

Projektantrag „Gemeinsam gegen Leerstand“ erarbeitet und zum 16.01.2026 abgegeben. Eine Entscheidung wird bis zum 16.02.2026 erwartet. Zuständig ist das Bundesministerium für Wohnen.

Am 16.12.2025 fand eine Beratung für Bürgermeister und LVB beim Landrat des Landkreises Rostock statt. Es ging um den weiteren Ausbau der Breitbandversorgung, den Kreishaushalt, Kindertagesstätten, die Landtagswahlen, die Vogelgrippe und den Bau-Turbo.

Am 18.12.2025 fand ein weiteres Arbeitstreffen der Lenkungsgruppe zum Musterstellenplan und zur interkommunalen Zusammenarbeit statt. Der Musterstellenplan wird fertig gestellt.

Zur Verteilung des Sondervermögens: An den Verteilungsmechanismen wird im Land noch gearbeitet; die Vorschläge, die der STGT und LKT gemacht haben, werden teilweise nicht umgesetzt. Bis auf die einmaligen 50.000 EUR für jede Gemeinde stehen noch keine weiteren Punkte fest. Es ist dennoch wichtig, Ideen für Projekte zu sammeln, damit die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können. Dazu habe hat Frau Zillmann weitere Informationen an die Bürgermeister geschickt. Eine Verwaltungsvorschrift wird vom Land M-V erarbeitet. Frau Schwesig will dazu auf der Bürgermeisterkonferenz am 03.02.2026 in Güstrow Auskünfte geben. Die Bürgermeister werden gebeten, sich bitte eigenständig anzumelden.

Am 14.01.2026 war eine Vorstandssitzung des STGT-Kreisverbandes. Die Themen waren die FAG-Novelle, Austausch zu einem Erlass an die unteren Rechtsaufsichtsbehörden zu Investitionen, das gemeindliche Einvernehmen zu Entgelten für Kitas und die Kreisumlage. Der Landkreis Rostock hat einen genehmigten Haushalt, aber dazu die Auflage des Landes, die Kreisumlage im Rahmen eines Nachtrages zu erhöhen. Es sollen künftig Vorgespräche zur Leader-Förderung stattfinden; die Teilnahme wird ab der nächsten Förderperiode nur noch möglich sein, wenn am Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ teilgenommen wird.

Am 20.01.2026 war ein Bürgerforum mit Frau Schwesig. Sie übergab den Fördermittelbescheid aus der Sonderbedarfszuweisung für die Schule in Höhe von 500.000 EUR.

Eine Terminfindung zur Session-App für die weitere Digitalisierung des Sitzungsdienstes muss noch erfolgen. Die Mitarbeiterinnen der Sekretariate sind aktiv auf Ursachensuche, wenn die Bereitstellung digital nicht funktioniert. Dabei sind doppelt angelegte Personen im Programm, vergessene oder abgelaufene Passwörter oder falsche Einwahlschreibweise die häufigsten Ursachen. Die ältesten Daten sind über 20 Jahre alt, da einige der Bürgermeister und Gemeindevertreter erfreulicherweise seit dieser Zeit im Amt sind.

Für das Meldeamt gelten geänderte Öffnungszeiten: Montag und Dienstag in Jördenstorf, Donnerstag und Freitag in Teterow. Am 02.01.2026 war es sehr voll; die Entwicklung wird beobachtet.

Am 19.01.2026 und 20.01.2026 war Herr Lamcke im Haus und hat erste Stelleninterviews zur Vorbereitung der Überprüfung der Stellenbewertung und Eingruppierung geführt. Die Ergebnisse sollen auch bei Organisationsentscheidungen helfen.

Herr Krings berichtete über eine Novelle zum Brandschutzgesetz. Es soll eine Teilpflichtfeuerwehr möglich werden.

In der Fachdienstleiterberatung wurden die Kritikpunkte u.a. aus der letzten Sitzung sowie die Einforderung von Einsparungen mit den Fachdienstleitern besprochen.

Herr Helms führt weiter aus, dass er Frau Schwesig bei der Übergabe des Fördermittelbescheides für die Sonderbedarfszuweisung zum Schulneubau der Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule auf die sehr hohen Eigenmittel hingewiesen hat. Diese werden vollständig über Kredite finanziert und führen zu stark steigenden Schulkostenbeiträgen.

Zum Raumordnungsprogramm stellt Herr Helms die Frage, ob es noch eine weitere Runde der Beteiligung geben wird. Frau Zillmann und Herr Bommer antworten, dass eine dritte Beteiligung voraussichtlich nicht erfolgen wird.

Weiterhin bittet Herr Helms um weitere Erläuterungen zum Leerstands-Programm. Es wird ausgeführt, dass für die Teilnahme an diesem Förderprogramm ein Zusammenschluss mehrerer Regionen notwendig ist. Die Anregung kam von der Stadt Teterow, sich gemeinsam mit der Region

Gnoien für dieses Programm zu bewerben. Im Amt Mecklenburgische Schweiz ist ein entsprechender Leerstand vorhanden.

Hinsichtlich der Auflagen zum genehmigten Kreishaushalt äußert Herr Helms seinen Unmut und erhält von den weiteren Anwesenden Zuspruch. Frau Zillmann erläutert auf Nachfrage, dass die Gemeinden keine Möglichkeit haben, gegen diese Auflagen vorzugehen. Lediglich der Landkreis könnte sich rechtlich dagegen wehren. Die Gemeinden können nur gegen die einzelnen Festsetzungsbescheide der Kreisumlage vorgehen.

Herr Krix fragt nach den Einsparungen der Gemeinde Groß Wokern in Bezug auf die Wärmeplanung. Der Eigenanteil ist von ca. 8.400 EUR auf ca. 5.900 EUR gesunken.

Herr Thormann erkundigt sich nach den Kreditausschreibungen, die im Anschluss der letzten Amtsausschusssitzung durchgeführt werden sollten. Herr Lehmann legt dar, dass die neuen Angebote noch höhere Zinssätze auswiesen und daher in Absprache mit dem Amtsvorsteher nicht angenommen wurden. 2026 werden weitere Kreditanfragen gestellt mit dem Ziel, günstigere Konditionen zu erzielen.

Herr Bargholz zweifelt die Sinnhaftigkeit einer Pflichtfeuerwehr an. Auf dem Papier haben die Gemeinden dann ausreichend Kameraden für die Feuerwehr, aber die tatsächliche Beteiligung ist fraglich. Herr Krix weist darauf hin, dass die Gemeinde mit der Einberufung in die Pflichtfeuerwehr sich in Haftungsfragen entlasten kann, da sie ihr Nötigstes getan hat, um die Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

Im Zusammenhang mit der Feuerwehr rügt Herr Bargholz zudem, dass auf der letzten Sitzung der Gemeindevertretung die neue Gebührenkalkulation für die kostenpflichtigen Einsätze der Feuerwehr ohne vorherige Rücksprache auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

zu 6.1 Beratung zur Erstellung von der Prioritätenliste zum Einsatz des Sondervermögens des Bundes

Jede Gemeinde erhält 50.000 EUR für eine einzelne Investition. Die Gemeinden sind angehalten, hierfür entsprechende Ideen zu sammeln. Bei Abweichungen (z.B. Verwendung für zwei Investitionen) muss auf die Verwaltungsvorschrift des Landes gewartet werden. Von den Anwesenden wird die Amtsverwaltung aufgefordert, hinsichtlich weiterer Hinweise zur Verwendung der Mittel nachzufragen.

**zu 7 Beratung und Beschlussfassung
Entfällt**

zu 8 Anfragen und Mitteilungen
Es gibt weder Anfragen noch Mitteilungen

19:00 Uhr endet der öffentliche Teil

Datum: 23.03.26

Sitzungsleiter

Schriftführer